

Innere Sicherheit

von Holger Lachmann, Jusos NRW
und Natalie Wöllenstein, Jusos Baden-Württemberg

Die Pragmatische Linke steht für eine starke Bürgerrechtspolitik. Wir verurteilen eine Politik der Inneren Sicherheit, die auf die Bekämpfung von Symptomen gerichtet ist und dazu in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift. Wir erteilen der Schizophrenie fortlaufender Stellenstreichungen im Bereich der Landespolizeien auf der einen und verschärften elektronischen Überwachungsmechanismen auf der anderen Seite eine klare Absage. Die neue Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus und die zahlreichen Möglichkeiten des Internet stellen die Politik vor große, bislang ungekannt Herausforderungen. Die offenen Fragen abschließend und sachgerecht zu beantworten, wird Zeit benötigen und nicht ohne Konflikte ablaufen. Die richtige Gewichtung von Nutzen, Risiken und Notwendigkeit hat hierbei im Vordergrund zu stehen! Nur, wer die Rechte des Einzelnen stets im Blick hat, kann verantwortlich mit ihnen umgehen. Auch die SPD muss in diesem Bereich viel dazu lernen und wiederentdecken.

Kriminalitätsbekämpfung

Die Pragmatische Linke führt Debatten um die richtige Politik zur Bekämpfung von Kriminalität auf der Basis von gesicherten Erkenntnissen und nicht auf Stammtischniveau. Gleichzeitig nehmen wir die Sorgen der Menschen, gerade der Älteren, ernst. Sicherheit bestimmt sich auch nach der subjektiven Sicherheitslage, nach der Frage „Wie sicher fühle ich mich?“. Dabei müssen wir feststellen, dass die subjektive Sicherheitslage durch eine reißerische Berichterstattung mancher Medien verschlechtert wird. Kriminalität bringt Quote und Auflage – mancher Politiker hofft auch auf Wählerstimmen. Medien und Politik sind hier aufgerufen, nicht populistisch Ängste zu wecken, sondern an den Fakten orientiert zu arbeiten. Wer Kriminalität eindämmen will, darf nicht auf die Ausweitung staatlicher Zugriffsmöglichkeiten und populistische Parolen setzen. Die Basis einer verantwortlichen Sicherheitspolitik bildet eine ausreichende Polizeipräsenz in der Fläche. Kompetenzerweiterungen verbunden mit Stellenkürzungen in diesem Bereich lehnen wir als widersprüchlich ab.

Das mit den Stellenstreichungen einher gehende Phänomen privater Sicherheitsdienste, die vor Ort polizeiliche Aufgaben wahrnehmen, verurteilen wir auf's Schärfste. Das Gewaltmonopol in Deutschland muss in den Händen de Staates

bleiben. Nur so untersteht es der notwendigen Kontrolle und Legitimation. Wo sich Kommunen dankbar zeigen für das Engagement wohlhabender Bürger, die in ihrer Straße mit einem eigenen privaten Sicherheitsdienst für Ruhe und Ordnung sorgen lassen, sind öffentliche Sicherheit und politisches Verständnis in Unordnung geraten. Einen solchen Zustand sind wir nicht zu dulden bereit und fordern daher ausreichende und flächendeckende Polizeipräsenz, auch im ländlichen Raum.

Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, dass Kriminalität in erster Linie vor Ort bekämpft werden muss. Wir SozialdemokratInnen haben längst erkannt, dass Kriminalität auch ein soziales Problem ist. Deswegen liegt ein nicht unwesentlicher Aspekt der Kriminalitätsbekämpfung in einer verbesserten Sozial-, Schul-, Jugendhilfe-, Sport- und Kulturpolitik, die alle Gesellschaftsbereiche erreicht.

Klare Regelungen im Kampf gegen Terroristen

Für neue Bedrohungsformen im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus brauchen wir vor allem klare rechtliche Regelungen, die die handelnden Personen (seien es SoldatInnen, PolizistInnen oder andere) bei ihren Entscheidungen nicht allein lassen. Die politische Debatte, welche Maßnahmen möglich sind und welche nicht, muss im Vorfeld in den Parlamenten geführt und entschieden werden und darf nicht auf die Handelnden abgewälzt werden. Einen Bundeswehreininsatz im Inneren lehnen wir ab.

Landesversammlungs-gesetze und polizeiliche Kennzeichnung

Den Bürokratie- und Repressionstendenzen, denen die mit der Föderalismusreform möglich gewordenen Landesversammlungs-gesetze in Bayern und Baden-Württemberg folgen, kritisiert die Pragmatische Linke scharf. Die Versammlungsfreiheit ist ein zu hohes Gut, um ihre Ausübung durch bürokratische Hürden und Auflagen und lange Anmeldefristen zu konterkarieren. Hier besteht Handlungsbedarf in den konservativ regierten Ländern des Südens.

Darüber hinaus fordern wir eine bundesweite Kennzeichnungspflicht von PolizistInnen im Rahmen von Demonstrationen und anderen Großeinsätzen. Wo es zu Situationen kommt, in denen PolizistInnen ihre Kompetenzen überschreiten, braucht jeder Einzelne die Möglichkeit, gegen dieses Verhalten vorzugehen – so wie

es der Rechtsstaat vorsieht. Möglich ist das nur, wenn der Einzelne weiß, mit wem er es zu tun hat. Eine Kennzeichnungspflicht ist daher unerlässlich.

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist für uns nicht nur rechtliche Notwendigkeit, sondern auch zentrales Motiv politischen Handelns. Wer diesen Grundsatz nicht stets im Blick hat, der verliert den Kern unsres Rechtsstaates aus den Augen. Die Sozialdemokratie muss sich wieder ihres Auftrags bewusst werden, die Bürgerrechte hoch zu halten, ihnen wieder Priorität einzuräumen und zum Fundament ihrer politischen Entscheidungen zu machen – im Sinne von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.